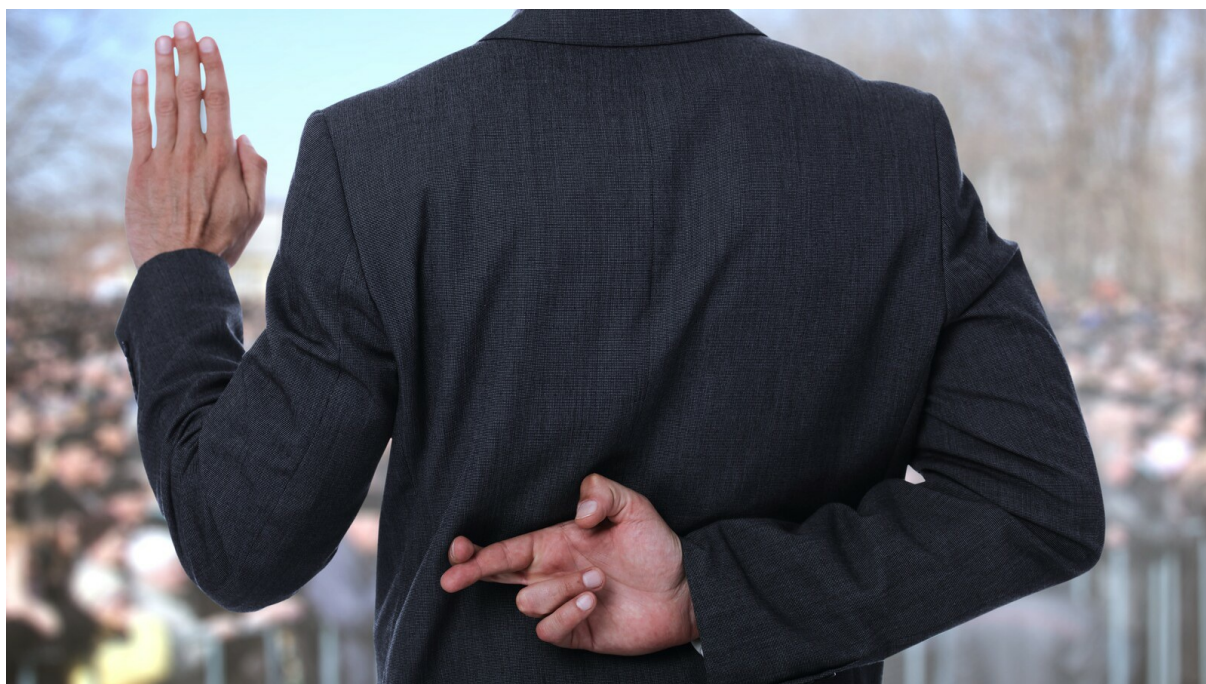




Donnerstag, 20. November 2025, 17:00 Uhr
~10 Minuten Lesezeit

Weltfrieden im Schützengraben

Die Demokratien brauchen einen eingebauten System-TÜV, sonst werden uns die fehlenden Konsequenzen politischer Fehler in den Abgrund führen.

von Michael Hollister
Foto: Albina Gavrilovic/Shutterstock.com

Ein provokantes Gedankenexperiment: Würden Kriege noch geführt, wenn Staatschefs selbst im vordersten

Schützengraben lägen? Der Satz klingt utopisch – doch er entlarvt ein fundamentales Problem moderner Demokratien: die Entkopplung von Entscheidung und Verantwortung. Während in Deutschland offen über den „Spannungsfall 2026“ gesprochen wird und Konzerne ihre Produktion auf Kriegswirtschaft umstellen, fehlt die entscheidende Frage: Wer kontrolliert eigentlich noch die Kontrolleure? Dieser Essay plädiert für eine radikale, aber friedliche Neukalibrierung: einen demokratischen System-TÜV, der Macht nicht abschafft, sie aber wieder erdet.

Der Schützengraben

„So könnte man jeden Krieg verhindern: Ein internationales

Abkommen, das bestimmt, dass die Staatsoberhäupter, Diplomaten sowie deren Familien der kriegführenden Mächte im vordersten Schützengraben mitzuliegen haben. Das hätte sicher den Ausbruch des ewigen Weltfriedens zur Folge.“

Wer diesen Satz hört, spürt, dass er über das bloße Spiel mit Ironie hinausgeht. Er trifft ein Nervenzentrum. Weil er eine Wahrheit ausspricht, die kaum jemand laut sagt: Krieg ist leicht zu befehlen, wenn nur andere dafür sterben müssen. Und er wäre unendlich schwer zu führen, wenn jene, die ihn anordnen, selbst im Matsch liegen müssten – mit dem Geruch der Angst in der Nase.

Natürlich ist der Satz überzeichnet. Natürlich ist er utopisch. Aber genau das ist seine Kraft. Er ist keine politische Forderung, sondern ein moralisches Experiment. Eine überzeichnete Wahrheit – wie Satire sie oft liefert: nicht durch Fakten, sondern durch

Überhöhung.

Er funktioniert wie ein kalter Wasserschwall ins Gesicht einer politischen Kultur, die gelernt hat, Verantwortung zu delegieren. Die Schützengräben anderen überlässt, aber die Befehle aus gepolsterten Konferenzräumen erteilt.

Und dieser Satz bringt mit brutaler Klarheit auf den Punkt, was in westlichen Demokratien zunehmend vergessen wird: dass Macht nicht dann gerecht ist, wenn sie gewählt ist – sondern wenn sie Verantwortung trägt.

Das Problem: Macht ohne Konsequenz

Was dieser Satz auf geradezu brutale Weise sichtbar macht, ist das moralische Ungleichgewicht moderner Machtarchitektur: Die Entscheidung über Leben und Tod ist entkoppelt von persönlichem Risiko. Es entscheidet nicht der, der kämpft. Es stirbt nicht der, der befiehlt.

Je größer diese Distanz, desto leichter fällt das Entscheiden. In einer Zeit, in der Kriege durch Joysticks geführt werden und Verteidigungsministerinnen Kriegsrhetorik im Businesskostüm pflegen, ist diese Wahrheit aktueller denn je.

Die Delegation der Verantwortung erzeugt eine politische Hygiene, die sauber wirkt, aber gefährlich ist: Weil sie den Krieg ästhetisiert. Weil sie ihn abstrahiert. Weil sie ihn entkoppelt von Schmerz, Blut, Tod.

500.000 Tote in einem Krieg – das ist eine Zahl. Ein Symbol. Aber ein toter Sohn, ein getöteter Freund, ein eigenes Kind im Schützengraben – das ist Realität. Und

***diese Realität wird in modernen
Entscheidungsstrukturen fast vollständig ausgeblendet.***

Der Satz mit dem Schützengraben bricht diese Entkopplung. Und genau deshalb ist er unbequem – und notwendig.

Der Denkfehler: Wer würde dann führen?

So klar und aufrüttelnd der Gedanke vom „Schützengraben-Abkommen“ ist – er enthält einen gefährlichen Kurzschluss: Er geht davon aus, dass die Aussicht auf persönliches Risiko Macht einschränkt. Doch das stimmt nur, wenn die, die zur Macht streben, Risiken scheuen.

Was aber, wenn sie es suchen?

Die Geschichte kennt solche Figuren zuhauf: Feldherren, Eroberer, charismatische Gewaltmenschen. Ob Gebhard Leberecht von Blücher, Napoleon, Harald Hardrada oder Dschingis Khan – für sie war der Klang von Metall kein Schreckenssignal, sondern ein Lockruf. Das Schlachtfeld war Bühne, Legitimation, Identität.

Ein Abkommen, das Führer in den Schützengraben zwingt, würde solche Menschen nicht abschrecken. Im Gegenteil: Es würde sie anziehen. Die oben aufgestellte Regel würde damit nicht den Krieg verhindern – sondern das Führungspersonal verändern.

Wer persönliche Angst vor Krieg hat, würde solche Ämter meiden. Übrig blieben jene, die keine Angst empfinden – oder schlimmer: die den Krieg als Zeichen von Stärke begreifen.

Ein makabres Paradox: Die Regel, die Kriege verhindern soll, könnte am Ende mehr davon erzeugen. Weil sie die falsche Selektion verstärkt. Weil sie Verantwortung nicht gleichmäßig verteilt, sondern verzerrt.

Und genau hier beginnt der eigentliche Kern des Problems: Nicht *wer* an der Spitze steht, sondern *wie* das System ihn auswählt.

Die Ursache: Systeme formen ihre Führung

Viele Diskussionen über politische Missstände kreisen um Personalien: Wer ist unfähig? Wer müsste weg? Wer war schuld? Doch diese Fragen kratzen nur an der Oberfläche. Denn sie übersehen den zentralen Mechanismus jeder komplexen Struktur:

Systeme wählen ihre Führung nicht zufällig. Sie formen sie.

Ein System ist wie ein Flussbett. Es entscheidet, in welche Richtung das Wasser fließt — nicht umgekehrt. Und so, wie ein Fluss sich nach der Schwerkraft richtet, richtet sich das Personal eines Systems nach dessen Anreizstruktur. Es sind nicht die Besten, die oben ankommen. Es sind die, die am besten durch die Strukturen kommen.

Wenn ein politisches System darauf ausgelegt ist, Risiken zu vermeiden, Verantwortung zu verteilen, Loyalität über Kompetenz zu stellen — dann produziert es automatisch Führungspersonal, das diesen Regeln entspricht. Nicht weil es böse ist. Sondern weil es sich anpasst.

Und Anpassung ist das zentrale Kriterium: Nicht Mut, nicht Klarheit,

nicht Integrität. Sondern Navigationsgeschick in einer Landschaft aus Parteidisziplin, Medieninszenierung, Koalitionslogik und taktischer Kommunikation.

In einem solchen System sind es nicht die Strategen, die aufsteigen – sondern die Netzwerkpfleger. Nicht die Visionäre – sondern die Verwaltungskünstler.

Was wir von funktionalen Systemen lernen können

In natürlichen Systemen gibt es ein eingebautes Korrektiv: Wer schwächelt, wird ersetzt. Nicht aus Grausamkeit, sondern aus Notwendigkeit. Das Rudel will überleben. Führung ist dort keine Frage von Image, sondern von Funktion.

Das ist kein Plädoyer dafür, Politik wie ein Wolfsrudel zu organisieren. Aber es zeigt, was wir verloren haben: das intuitive Korrektiv der Realität. In der Natur selektiert das Überleben nach Funktion. In menschlichen Systemen kann es passieren, dass die Unfähigsten führen – nicht weil sie sich aufgedrängt haben, sondern weil das System genau diesen Typus auswählt.

Aus meiner Erfahrung als IT-Sicherheitsauditor kenne ich dieses Prinzip: Alles, was überlebt, hat ein System zur Selbstprüfung. Server ohne Monitoring fallen aus. Maschinen ohne Wartung brechen zusammen. Und Systeme ohne Rückkopplung – egal ob technisch oder politisch – laufen, bis sie sich selbst blockieren.

Ein System, das Schwäche belohnt und Stärke misstraut, ist nicht moralisch verwerflich. Es ist funktional unpraktisch. Und evolutionär instabil.

Warum gerade jetzt? Die Dringlichkeit unserer Zeit

Es wäre bequem, den Gedanken vom „System-TÜV“ als idealistisches Hobbythema abzutun. Etwas für ruhigere Zeiten, für philosophische Sonntagnachmittage. Aber genau das sind diese Zeiten nicht.

Wir schreiben das Jahr 2025. Die Welt taumelt nicht in Richtung Frieden, sondern in Richtung Eskalation. Europa rüstet auf. Deutschland diskutiert öffentlich über den sogenannten „Spannungsfall“. Außenminister sprechen davon, das Land „kriegstüchtig“ machen zu müssen. In Brüssel entstehen Pläne für eine koordinierte Kriegswirtschaft, flankiert von immer neuen Verteidigungsetats.

Was früher Jahre gedauert hätte – zwischen politischem Konzept und militärischer Realität – dauert heute oft nur Monate. Die Vorwarnzeit schrumpft. Die Hemmschwellen sinken. Der Automatismus zwischen Rhetorik, Aufrüstung und Einsatz wird schneller – nicht langsamer.

Und genau deshalb ist die Frage nach systemischer Selbstüberprüfung keine akademische Spielerei mehr. Sie ist eine Überlebensfrage.

Wenn Konzernchefs in Talkshows über den „Spannungsfall 2026“ sprechen, wenn öffentlich über Pflichtdienste, Munitionsquoten und Truppenverlagerungen diskutiert wird – dann ist es zu spät, erst mit der Debatte zu beginnen.

Dann muss die Frage lauten: Haben wir überhaupt noch ein System, das seine eigenen Fehlentwicklungen erkennt? Oder sind wir längst in einer Eskalationsspirale, die keiner mehr bewusst steuert?

Fehlende Wartung: Wenn Systeme nie zum TÜV müssen

Wir leben in einer Welt, in der jeder Motor regelmäßig zum Check muss. Autos haben Wartungsintervalle. Flugzeuge fliegen nicht ohne Logbuch. Sogar Software bekommt Updates, Patches, Sicherheitsprüfungen. Nur Staaten, nur politische Systeme – die komplexesten Konstrukte überhaupt – laufen oft über Jahrzehnte im Blindflug.

Die Vorstellung, dass ein gesellschaftliches System dauerhaft stabil bleibt, ohne dass man es regelmäßig überprüft und weiterentwickelt, ist naiv. Und gefährlich.

Das Grundgesetz wurde in einer Zeit geschrieben, in der es keine digitale Überwachung gab, keine Drohenkriege, keine EU-Verteidigungsunion, keine soziale Spaltung durch algorithmische Öffentlichkeiten. Und doch verhalten sich viele Staaten so, als könne dieses Regelwerk für alle Zeit gelten – ohne Justierung, ohne Rückfrage, ohne strukturellen Selbstzweifel.

Was fehlt, ist ein eingebauter Regelkreis. Eine Art evolutionäre Selbstprüfung. Ein demokratischer „System-TÜV“, der regelmäßig prüft: Sind wir noch auf Kurs? Funktionieren die Checks and Balances noch? Ist das Vertrauen der Bevölkerung intakt? Gibt es Fehlsteuerungen, die korrigiert werden müssen, bevor sie irreversible Schäden verursachen?

Ohne diesen Mechanismus droht genau das, was jedes überalterte System irgendwann erlebt: Entropie. Verschleiß. Stagnation. Und irgendwann – Zusammenbruch.

Nicht weil jemand ihn wollte. Sondern weil niemand ihn verhindert hat.

Die Lösung: Was wäre ein echter „System-TÜV“?

Der Begriff „System-TÜV“ ist mehr als eine Metapher. Er meint eine strukturierte, regelmäßige, transparente Selbstüberprüfung des politischen Systems – nicht durch Eliten allein, sondern mit Rückkopplung zum Souverän.

Aber wie sähe das konkret aus?

1. Verfassungskonvent alle 20 Jahre

Ein verpflichtender Konvent aus gelosten Bürgern, gewählten Abgeordneten und unabhängigen Experten. Aufgabe: Systemcheck auf Augenhöhe. Funktionieren Gewaltenteilung, Grundrechte, Kontrollinstanzen noch? Die Ergebnisse führen zu Reformvorschlägen – über die die Bevölkerung verbindlich abstimmt.

2. Rechenschaftspflicht über Wahlversprechen

Ein öffentliches Dashboard dokumentiert Versprechen und Umsetzung. Bei systematischen Abweichungen: verpflichtende Vertrauensfrage. Nicht zur Bestrafung – sondern zur Rückbindung an den demokratischen Auftrag.

3. Geloste Bürgerräte mit Entscheidungsbefugnis

Zufällig geloste Gremien entscheiden über Sachfragen mit – etwa in Außenpolitik oder Grundrechtsfragen. Irland hat es vorgemacht: So lassen sich ideologische Blockaden überwinden.

4. Sunset-Klauseln für Machtgesetze

Jedes Gesetz, das Grundrechte einschränkt, hat ein Ablaufdatum. Nach fünf Jahren muss es aktiv erneuert werden – oder es verfällt. Das verhindert schleichende Autoritarisierung.

5. Folgenabschätzung vor jedem Kriegseinsatz

Vor militärischer Beteiligung ist eine öffentliche Folgenanalyse vorzulegen: Opferzahlen, Kosten, Dauer, Eskalationsrisiken. Keine Veto-Macht – aber Transparenzpflicht.

Das alles ist kein Angriff auf die Demokratie. Es ist ihre Weiterentwicklung. Ihre Selbstkorrektur. Ein gutes System hat keine Angst vor Kontrolle – im Gegenteil: Es lebt davon.

Das Gegenargument: „Bürger verstehen Geopolitik nicht“

Wer nach struktureller Selbstkorrektur ruft, hört schnell immer denselben Einwand: „Das ist naiv. Geopolitik ist zu komplex. Bürger sind überfordert. Deshalb braucht es Experten.“

Die Geschichte ist voll von Entscheidungen, die im Namen der Expertise getroffen wurden – und sich später als katastrophal erwiesen.

Der Irakkrieg 2003. Die Lehman-Pleite. Der Afghanistan-Einsatz. Die Eurozonenkrise. All das waren keine demokratischen Bauchentscheidungen. Es waren Expertengremien, Sicherheitsberater, Fachpolitiker – in abgeschirmten Räumen, mit abgeschirmter Wahrnehmung.

Es geht nicht darum, den Sachverstand der Politik zu ersetzen – sondern ihn wieder zu erden. Ihn zu spiegeln. Ihn zu kontrollieren.

Die eigentliche Frage lautet also nicht: „Sind Bürger klug genug, um mitzureden?“

Sondern: „Ist das System so gebaut, dass selbst durchschnittlich kluge Bürger am Ende zu guten Entscheidungen kommen?“

Und das ist möglich. Irland hat es gezeigt. Island ebenso. Schweiz, Estland, Kanada — überall dort, wo Bürger ernsthaft eingebunden wurden, entstanden nicht Chaos oder Populismus, sondern tragfähige Entscheidungen mit hoher Akzeptanz.

Demokratie funktioniert nicht, weil alle alles verstehen. Sie funktioniert, weil sie Fehler sichtbar macht — und korrigierbar hält.

Ein globales Problem

Das zugrunde liegende Problem kennt keine Flaggen. Es ist nicht national, nicht ideologisch, nicht historisch bedingt — sondern universell.

Wo immer Macht sich konzentriert, ohne strukturelle Rückkopplung, entsteht dasselbe Muster:

- Verantwortungslosigkeit an der Spitze,
- Eskalationslogik statt Deeskalation,
- Ideologie statt Funktion.
- Narrative statt Realität.

Ob in China oder Russland, in den USA, in der EU oder im globalen Süden: Überall kämpfen Gesellschaften mit Systemen, die aus der Zeit gefallen sind. Die Probleme sind global, die Systeme aber

denken national. Die Machtstrukturen sind zentralisiert, aber die Lebensrealitäten dezentral.

Was fehlt, ist eine Kultur der Selbstkorrektur. Ein innerer Regelkreis – nicht nur im Maschinenraum eines einzelnen Staates, sondern im globalen Governance-System.

Ein abgestürzter Imperialismus in Washington, ein autoritärer Reflex in Moskau, eine technokratische Erstarrung in Brüssel – all das sind Symptome derselben Krankheit: Systeme ohne Selbstreflexion.

Was fehlt, ist kein neuer Führer. Sondern ein neues Betriebssystem. Eines, das global denkt, lokal verankert ist – und sich regelmäßig fragt, ob es noch dient. Und wem.

Schlusspunkt

Systeme gehen nicht an Gegnern zugrunde – sondern an fehlender Selbstkorrektur. Wer glaubt, sich nicht hinterfragen zu müssen, wird irgendwann von der Realität befragt. Und die Realität stellt keine Fragen zweimal.

Ich glaube an die Demokratie. Aber ich glaube nicht an ihre Unfehlbarkeit. Ich glaube an das Prinzip Verantwortung. Aber ich sehe, wie es im politischen Alltag verdunstet.

Und ich glaube, dass Veränderung möglich ist – ohne Gewalt, ohne Bruch, ohne Abgrund. Sondern durch eine Reform, die aus dem System selbst kommt. Durch einen „System-TÜV“, der nicht bestraft, sondern heilt. Der nicht zerschlägt, sondern schützt.

Vielleicht ist das naiv. Vielleicht ist es zu spät.

Aber vielleicht – und das ist alles, was es braucht – liest diesen Text jemand, der noch am Steuer sitzt.



Michael Hollister war sechs Jahre Bundeswehrsoldat mit Balkan-Einsätzen (SFOR, KFOR) und blickt hinter die Kulissen militärischer Strategien. Nach 14 Jahren im IT-Security-Bereich analysiert er heute NATO-Expansion, europäische Militarisierung und westliche Interventionspolitik. Er kombiniert operative Innensicht mit kompromissloser Systemkritik. Seine Arbeiten erscheinen zweisprachig auf seinem **Blog** (<https://www.michael-hollister.com>) sowie in kritischen Medien im deutsch- und englischsprachigen Raum.